

HELMUT MATTHES

EINE VORLÄUFIGE BILANZ DER FINANZKRISE

Es ist erstaunlich, wie gelassen die unbewältigte Krise und ihre Kosten in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden und wie sich Angst vor der weiteren Entwicklung, auch einem möglichen Crash des Währungssystems verdrängen lässt. Nach Berechnungen des internationalen Wirtschaftsnachrichtenservice Bloomberg sind seit dem Ausbruch der Krise bei Banken, Versicherungen und Spezialfinanzierern insgesamt Verluste und Wertberichtigungen von über 1817 Mrd. Dollar angelaufen. Diese Angaben vermitteln einen brauchbaren Eindruck nur von der Größenordnung der Krisenauswirkungen, wenn auch berücksichtigt werden muss, dass sie keine Aussage enthalten über fehlende oder manipulierte Angaben, bis heute noch versteckte Risikopositionen und die Unsicherheit vorgesehener Rückflüsse von «Rettungsmitteln» der Staaten. Letztere würden den Betrag wesentlich erhöhen.¹ Bedeutender noch sind Überlegungen hinsichtlich eines verbleibenden Krisen- und Risikopotentials, wenn die Reformen der Finanzarchitektur unzureichend greifen. Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise zeigt, dass es Grund zu großer Besorgnis gibt und weitergehende wirtschaftliche und politische Konsequenzen dringend geboten sind. Dabei hilft ein Blick auf die Ursachen der Krise.

URSACHEN DER FINANZKRISE

Sie liegen in den Genen der kapitalistischen Gesellschaft. Dominierendes Profitstreben und ungezügelter globaler Unternehmerfreiheit bewirkten, dass der Geldmarkt zu einem verselbständigten Reproduktionsbestandteil mit zügelloser Spekulation wurde, er die Geldfunktionen im Reproduktionsprozess immer risikvoller erfüllt, die Umverteilung zugunsten der Reichsten fördert und die sozialen Gegensätze verschärft. Der Staat verzichtet dagegen auf die erforderliche nachhaltige Regulierung, repariert kostspielig die eingetretenen katastrophalen Zustände, sozialisiert die eingetretenen Verluste und Reparaturkosten. Ein Schattenbankwesen und Finanzplätze mit Spekulation begünstigenden Rahmenbedingungen laden zu risikvollen Finanzgeschäften mit gefährlichen Finanzinstrumenten ein. Die Krise, die sich seit Jahren über Lateinamerika und Asien hinschleppte, hat schließlich

seit 2008 die USA und Europa erfasst und zur schwersten Weltwirtschaftskrise seit Ende der Zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts geführt. Sie ist die Folge globaler neoliberaler Wirtschaftspolitik.²

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ergaben sich im Jahr 2007 weltweit ein Jahresbruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen von 55,6 Billionen US-Dollar und ein Außenhandelsumsatz von 34,1 Billionen US-Dollar. Diese Angaben zeigen den wichtigsten Teil der realen ökonomischen Substanz, die außer den materiellen Vermögensanlagen im Reproduktionsprozess zu bewegen ist. Ihnen stand ein im April 2007 gemessener täglicher globaler Geldumsatz allein für den *global foreign exchange market* von 3,3 Billionen US-Dollar gegenüber. Das bedeutet über eine Billiarde US-Dollar Jahresumsatz. Im Jahr 2010 standen dem geschätzten Jahresbruttoinlandsprodukt von 62,0 Billionen US-Dollar und einem geschätzten Außenhandelsumsatz von 36,2 Billionen US-Dollar im April gemessene globale Tagesumsätze von 4,0 Billionen US-Dollar gegenüber.³ Also war dieser Teil des Geldmarkts erneut vorrangig gewachsen. Weit mehr als zwei Drittel der erfassten Umsätze des *global foreign exchange market* betreffen Finanzinstrumente, die einem Lotteriespiel viel näher stehen als gesicherten Geldmarktgeschäften. Guthaben und Verbindlichkeiten der Banken und anderen am Geldmarkt beteiligten Institutionen in der Welt liegen bei je etwa 30 Billionen US-Dollar. Die Verteilung von Guthaben und Verbindlichkeiten zeigt die Verschuldung vieler Länder und Regionen. Der Geldmarkt hat eine Entwicklung genommen, die weit über seine Funktion als effektiver Mittler der materiellen Reproduktionsprozesse hinausgeht. Dabei haben sich auch die börslichen und außerbörslichen Finanzinstrumente

¹ Vgl. Deutschland bleibt ein Nachzügler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 29. Dezember 2010. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt am Main, Nr. 1 vom 5. Januar 2011, S. 18. ² Kapoor hat diese Entwicklung näher beschrieben: Vgl. Kapoor, S.: The financial crisis – Causes & cures. Friedrich-Ebert-Stiftung u. a., Brussels 2010, S. 98. ³ Angaben vgl. International Monetary Fund: World Economic Outlook, Databases, October 2010. In: Internet: <http://www.imf.org>. und Bank for International Settlements: Triennial Central Bank Survey, Report on global foreign exchange market activity in 2010, Geneva, December 2010. In: Internet: <http://www.bis.org>.

vom realen Reproduktionsprozess der Wirtschaft entfernt, weitgehend verselbständigt und sind spekulativ. Die zirkulierende Geldmenge (Papier- und Buchgeld) steht in einem Missverhältnis zum Waren- und Leistungsangebot. Die Geldschöpfung auf dem Geldmarkt liegt nicht mehr vollständig in der Kontrolle des Staates als Garant der Währungsstabilität. Das enorme Wachstum von Produktion und Leistungen während der letzten Jahrzehnte erfordert ständig wachsende Absatzmärkte. Die damit verbundene Einkommensverteilung, insbesondere das Zurückbleiben der Reallöhne (Niedriglohnpolitik), sinkende Beschäftigung und Abbau der Sozialeinkommen schränken dagegen die auf dem Warenmarkt wirksame Nachfrage ein. Die wachsenden Kapitaleinkommen führen nicht zur entsprechenden Ausdehnung der Kapitalinvestitionen, da der Anreiz wachsender konsumtiver Nachfrage fehlt, sondern zur Geldakkumulation und Geldanlage. Mitte 2010 betrug in Deutschland die Geldvermögen der privaten Haushalte 4,8 Bill. Euro und der Unternehmen 3,5 Bill. Euro. Gegenüber den Verbindlichkeiten der privaten Haushalte betrug der Überschuss der Geldvermögen 3,2 Bill. Euro. Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen verfügten im Dezember 2009 über Wertpapieranlagen im Ausland von 1053,7 Mrd. Euro. Statt zu investieren, machen Unternehmen des nichtfinanziellen Sektors Geldanlagen und Geldgeschäfte. Gleiches trifft für private Haushalte zu, die Kapitaleinkommen beziehen. Das sind Folgen des von David Harvey «capital surplus absorption problem» genannten Problems der kapitalistischen Akkumulation. Diese Absorption wurde durch wachsende Verschuldung, vor allem auch von Staaten, begünstigt. Die Verschuldung erhöhte die Nachfrage nach freiem Geld. Gleichzeitig schaukelt sich der liberalisierte, spekulative Geldmarkt mit wachsender Geschwindigkeit selbst hoch. Zwischen Geldmenge und Waren- und Leistungsangebot entsteht ein «Blasenpotential», das immer dann Luft ins Nichts entlässt, wenn Teile der beteiligten Akteure das wachsende und vernichtende Risiko des Einsatzes ihrer Mittel erkennen oder befürchten. Es wird geschätzt, dass die New Economy-Krise 2002 5 Billionen US-Dollar und die Immobilienkrise 2008 8 Billionen US-Dollar an Buchwerten weltweit liquidierten. Solche Stürze leiten dann gefährliche Ketten von Mitläuferhandlungen ein, die einen globalen Maßstab erreichen. Papier- und Buchgeld erweist sich immer weniger durch Waren und Leistungen getragen, wird wertlos. Das Platzen von «Blasen» hängt ab von der Entwicklung des Vertrauens der Gläubiger, einschließlich der Banken, in die bestehenden Sicherheiten, auch unter Berücksichtigung von Versicherungen und Staatszusagen. Deshalb können relativ begrenzte Vertrauensverluste folgenschwere Ketten von Vertrauensentzug auch in Bereichen auslösen, von denen selbst keine Signale für Vertrauensschwund ausgehen. Misstrauen wird immer wieder durch Vertrauen abgelöst, weil dem enormen Anstieg akkumulierten Geldkapitals ein schnelles Wachstum hoch verschuldeter Kreditsucher gegenübersteht, das immer wieder zu Profitspekulation anregt. Spekulation handelt ohnehin nicht rational. Die Staaten sind dabei Schuldner, die traditionell als relativ zuverlässig gelten, deren politisches oder wirtschaftliches Gesamtpotential Fehleinschätzungen noch am besten trägt und die auf die Steuerzahler zurückgreifen können. Das erwies sich allerdings bei Entwicklungsländern nicht selten als Irrtum und gilt heute auch für Industrieländer immer weniger.

David Harvey stützt sich bei der Analyse der Krisenursachen auf die Erkenntnisse von Marx. Anhand des Kapitalkreislaufs und der Kapitalakkumulation weist er theoretisch und historisch die Bindung der Krisen an das kapitalistische System nach. Als Geograph betrachtet er auch die Folgen kapitalistischer Akkumulation für geographische Veränderungen und gesellschaftliche Differenzierungen in der Welt.⁴

Dauderstädt leitet die Krisenursachen aus zwei internationalen Ungleichgewichten ab. Sie bestehen erstens zwischen Produktion und Konsumtion. Es gibt Länder mit Exportüberschüssen und Länder mit höherer Konsumtion und Investition als Produktion. In den Ländern mit Exportüberschüssen steigen Löhne nicht mit der Produktivität. Kapitaleinkommen werden nicht investiert oder konsumiert, sondern gespart und als Sparmittel verwertet. Zweitens bestehen Ungleichgewichte zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Der Bestand und die Transaktionsvolumen auf den Finanzmärkten wachsen erheblich schneller als die Realwirtschaft. Die Ungleichgewichte führen zu riskanten Krediten und Anlagen, die durch die Realwirtschaft nicht gesichert sind. Dauderstädt setzt sich für die Überwindung der ungleichgewichtigen Vermögensanhäufung vor allem durch die Nachfrageförderung über die Lohneinkommen und durch Umverteilung von Kapitaleinkommen (Steuern) ein, um die Massenkaufkraft zu fördern. Er vertritt die Ansicht, dass durch Wertberichtigungen und Abschreibungen sowie durch Garantien für Vermögenswerte durch den Staat und durch realwirtschaftliches Wachstum der Krise entgegengewirkt werden kann.⁵

Die derzeitige Finanzkrise wurde durch den amerikanischen Immobilienmarkt ausgelöst. Dort entstanden zunehmend unsichere Anlagen, weil spekulativ mit überzogenen, risikoreichen Kreditangeboten und ungenügenden Sicherungen auf eine wachsende Nachfrage nach Wohnimmobilien und deren Preissteigerungen gesetzt wurde. Zahlungsschwierigkeiten der Immobilienbesitzer, Rückzüge aus diesen Anlagen und der Preisverfall für Immobilien lösten Kettenreaktionen auf den Finanzmärkten, bei den Banken, Investmentunternehmen und den Versicherungen aus, die sich auch auf weitere Bereiche riskanter Geldgeschäfte ausdehnten. Diese Entwicklung erzeugte Liquiditätsprobleme bei Finanzunternehmen und führte zu Insolvenzen. Der Zusammenbruch von Lehmann Brothers in den USA betraf ein Unternehmen, das mit seiner Größe und seinen Verflechtungen auf dem internationalen Finanzmarkt die Stabilität des gesamten Finanzmarktes in Frage stellte. Das Ergebnis waren Zusammenbrüche und Notlagen von weiteren Finanzunternehmen in den USA und in anderen Industrieländern.

Kapoor beschreibt die konkreten Defizite der Finanzarchitektur, die zur aktuellen Finanzkrise geführt haben und durch Reformen der Regulierung verändert werden müssen. Seiner Ansicht nach wird die Systemstabilität vernachlässigt und bestimmte Finanzierungsinstrumente und -institutionen (Hedgefonds, *private equity firms*, spezielle Investmentunternehmen) werden nicht oder nur ungenügend reguliert. Er hält das Regulierungsregime für zu prozyklisch, die Finanzinstitutionen für zu groß, zu komplex und zu vernetzt, um bei Versagen liquidiert zu werden. Das ruft *moral hazard* im Geschäfts-

⁴ Vgl. Harvey, D.: *The Enigma of Capital. And the Crisis of Capitalism*, London 2010. ⁵ Vgl. Dauderstädt, M.: *Die globale Finanzkrise – kein Fall für Sparpolitik*. Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO direkt, Berlin, Oktober 2008.

verhalten hervor. Es fehlen Regulierungsmechanismen für überraschende Ausfälle. Internationale Überwachungs- und Regulierungsinstitutionen sind nicht vorhanden. Fehlende Koordinierung und supranationale Autorität verlängern die Krise. Die Kapitalausstattung war und ist quantitativ und qualitativ unzureichend. Exzessive Kreditnahme und *embedded leverage* charakterisieren die Finanzeinrichtungen. Falsche Anreize und Interessenkonflikte ermutigen zu kurzfristigem Denken, exzessiver Risikonahme und zur Ignoranz von Sorgfalt bei der Gefährdung von Systemstabilität und Marktintegrität. Die Krise basiert aber auch auf unangemessenem Verbraucher- und Investorenschutz, fehlender Transparenz und ungesunden Sicherheiten.⁶

RETTUNGSVERSUCHE UND SOZIALISIERUNG IHRER KOSTEN

Die führenden kapitalistischen Industrieländer versuchten, die Krise mit kurzfristig wirksamen Maßnahmen zu stoppen, allerdings mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen von Land zu Land. Insolvenzen wurden, vor allem für Banken und industrielle Großunternehmen, verhindert. Verluste wurden quasi verstaatlicht, indem der Staat finanzielle Mittel günstig und auch ungesichert bereitstellte oder verbürgte, ruinierte «systemrelevante» Banken zeitweilig verstaatlichte, *Bad Banks* zur Übernahme fauler Kredite schuf und fragwürdige Anleihen aufkaufte.⁷ Zudem trat der Staat durch seine «unabhängigen» Notenbanken auch als billiger Kreditgeber für die Banken auf. Die Notenbanken beteiligten sich darüber hinaus an den Rettungsaktionen auf Risiko der Gesellschaft, z. B. durch den Kauf unsicherer Wertpapiere. Deutschland bildete im Oktober 2008 einen staatlichen Sonderfonds für Finanzmarktstabilität (Bürgschaften, Kredite und Übernahme risikovoller Wertpapiere mit Auflagen), der bis Ende September 2010 mit 261,3 Mrd. Euro zu über 50 Prozent für Eigenkapitalhilfen und Garantien in Anspruch genommen wurde. Im April 2009 wurde die Verstaatlichung von Banken und im Juli 2009 die Einrichtung von *Bad Banks* zur Übernahme von Risikokrediten gesetzlich geregelt. Allein die Rettung der *Hypo Real Estate Bank*, die vorübergehend verstaatlicht wurde und ihre Geschäfte heute als *pbb Deutsche Pfandbriefbank* ausführt, nahm 10 Mrd. Euro Kapitalhilfen und 142 Mrd. Euro Garantien in Anspruch. Die 2010 für die Entlastung der *Real Estate Bank* von Risikopositionen gegründete *Bad Bank FMS* Wertmanagement übernahm Papiere in Höhe von 173 Mrd. Euro. Diese Mittel wurden durch einen selbst hoch verschuldeten Staat bereitgestellt, der zudem nur unsichere und unzureichende Rückzahlungsverpflichtungen und Gebühren für solche Leistungen festlegte. Die Europäische Union prüft zur Zeit, ob es sich bei den Übernahmen von Risikopositionen infolge der Abweichungen der Buch- von den Marktwerten um eine unzulässige Beihilfe für die *Hypo Real Estate Bank* handelt. Die «Rettung» der *Hypo Real Estate* und auch der *WestLB* stößt ständig auf neue Hindernisse und der dazu eingeschlagene Weg an die Grenzen der bisher genutzten staatlichen Möglichkeiten.

Inzwischen sind die Staatsschulden von Bund und Ländern durch die verschiedenen Bankrettungsmaßnahmen um 98,6 Mrd. Euro gestiegen.⁸ Der deutsche Schuldenstand nach der «Maastricht-Abgrenzung» betrug Ende des Jahres 2009 1760,5 Mrd. Euro, also 73,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das zudem um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr

gesunken war. Im Jahr 2010 hat sich trotz Sparmaßnahmen der Schuldenstand bis Ende September um weitere 4,9 Prozent erhöht.⁹ Die Nettoauslandsposition, d. h. der Überschuss der Forderungen über die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, lag 2009 bei 895 Mrd. Euro.¹⁰ Sie sicherte Deutschland noch eine relativ hohe Bonität. Deutschland hat auch an seinen Goldreserven von 3440 Tonnen festgehalten. Deren Wert hat sich seit dem Jahr 2000 auf über 100 Mrd. Euro erhöht.

Derzeit ist absehbar, dass die für 2011 notwendige Mittelbeschaffung für den Staat auf den Kapitalmärkten von über 300 Mrd. Euro nicht einfach wird. Höhere Anleihezinsen zeichnen sich auch für Deutschland ab. Die Bundesbank rechnet mit weiteren Wertberichtigungen der Banken für entwertete Anlagen in Höhe von über 20 Mrd. Euro. Bei Großbanken sollen noch Kredite für internationale Gewerbeimmobilien in Höhe von 325 Mrd. Euro ausstehen. Für Kapitalerhöhungen infolge der Basel III-Festlegungen muss nach Schätzungen der Bundesbank bis 2018 mit einem Finanzbedarf von 50 Mrd. Euro gerechnet werden. Ab 2011 wird auch die Bankenabgabe fällig. Rückzahlungen an den Bankenrettungsfonds lassen auf sich warten. Die private Refinanzierung ist durch die Krise ohnehin erschwert. Im Juli 2009 wurde mit einer Grundgesetzänderung durch den Bundestag eine «Schuldenbremse» festgelegt, die ab 2016 eine Begrenzung des Haushaltsdefizits auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorsieht. Das ebenfalls inzwischen festgelegte Sparprogramm ist unzureichend und gefährdet die Nachfrageentwicklung.

Die «Krisenbekämpfung» verzichtet in hohem Maße darauf, die Spekulanten und Profiteure, die eigentlichen Verursacher der Krise, den Schaden und die Kosten der Krise und ihrer Bewältigung tragen zu lassen. Die «Sofortmaßnahmen» werden mit Versprechungen über nachhaltige Maßnahmen zur Veränderung der Finanzarchitektur verbunden, während mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzesaktivitäten nur unzureichende Schlüsse gezogen werden.

AUSWIRKUNGEN DER SOZIALISIERUNG DER KOSTEN DER KRISENRETTUNGSAKTIONEN

Für den weiteren Krisenverlauf sind die Folgen der Finanzierung der Kosten der bisherigen und zu erwartenden «Rettungsaktionen» von großer Bedeutung. Folgende Wirkungen zeichnen sich bereits ab:

Erstens: Die Sparpolitik erfolgt vorwiegend auf Kosten derjenigen, die Arbeitseinkommen beziehen, und durch Einschränkungen der Sozialprogramme, wie die Entwicklungen in Griechenland und Irland am sichtbarsten beweisen. Der einseitige Ausgleich der Stützungen für die Banken und Gläubiger gefährdet die politische Systemstabilität. Es stimmt an-

⁶ Vgl. Kapoor, S.: A. a. O. S. 52f. Zitiert bei Troost, A.: Quo vadis Finanzreform? Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte und was daraus geworden ist. In: Standpunkte. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 3/2011. S. 1. ⁷ Die Wochenzeitung «Das Parlament» hat dazu eine Übersicht mit Kommentaren der Professoren Fuest und Horn zusammengestellt. Vgl. Der Bundestag kriegt die Krise. Gesetze. Von den Konjunkturpaketen über die Schuldenbremse bis zur Eurorettung – das Urteil zweier Experten. In: Das Parlament, Berlin, Nr. 43 vom 25. Oktober 2010. S. 7. ⁸ Mitteilung der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei im Bundestag. ⁹ Angaben aus Deutsche Bundesbank. Eurosystem: Monatsbericht, Frankfurt am Main, 63(2011)1. S. 54 und 61. Vgl. auch Schrunner, A. und Cünnen, A.: Ein trauriger Schuldenrekord. In: Handelsblatt. Wirtschafts- und Finanzzeitung, Düsseldorf/Frankfurt, vom 17. Dezember 2010. In: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt am Main, Nr. 53 vom 21. Dezember 2010. S. 18. ¹⁰ Vgl. Das deutsche Auslandsvermögen 2009. Pressenotiz der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, vom 29. September 2010. In: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln, Nr.41, 29. September 2010, S. 21f.

gesichts des akkumulierten Vermögens der Millionäre und Milliardäre und der überhöhten Einkommen einer Bevölkerungsminderheit nicht, dass es keine alternativen Quellen zum Sparen und neuem Wachstum für die Bekämpfung der Verschuldung von Staaten und andere Finanzierungsforderungen gibt.

Zweitens: Es erhöht sich die Inflationsgefahr. Sie und die falsche Sparpolitik vertiefen die einseitige Belastung bestimmter Bevölkerungsteile. Die Krisenrettungsmaßnahmen haben das Kreditgeld ausgedehnt, was Inflation hervorruft. Anzeichen dafür gibt es auf den internationalen Kreditmärkten. Die Bekämpfung der Inflation mit Mitteln der Geldpolitik der Notenbanken, die ohnehin nur Teilerfolge verspricht, gerät in Widerspruch zur Konjunkturpolitik. Letztere versucht, fehlende Investitionen durch billige Kredite zu ersetzen.

Drittens: Die Zahlungsschwierigkeiten der Staaten nehmen zu, weil die Krisenkosten steigen. Konjunkturfremde Lohn- und Einkommenspolitik senken die Steuereinnahmen und bereits eingegangene Schulden verursachen wachsende Kosten. Damit wird die Zahlungsfähigkeit der Staaten gefährdet, die ihrerseits Sparprogramme mit falschen Orientierungen veranlassen.

Viertens: Die Krisenpolitik führt mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums und der Vernachlässigung öffentlicher Pflichten (Infrastruktur) zum Substanzverzehr des ökonomischen Potentials der Gesellschaft. Das fördert den Staatsverfall, den Abbau staatlicher Hoheit für öffentliche Pflichten und die Handlungsunfähigkeit der Kommunen. Die Staaten haben zudem durch die Militarisierung von Außenpolitik ihre ökonomische Substanz überlastet.

EINSICHTEN, «NEUE» IRREFÜHRUNGEN UND INKONSEQUENTE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Finanzkrise bewirkte, dass selbst vom wissenschaftlichen Establishment, vor allem in den USA, Ursachen der Krise genannt und sich daraus ergebende Schlüsse abgeleitet werden. Dabei ist eine Rückbesinnung auf die Marx'sche kritische Analyse zu erkennen. Neoliberalismus wird als Ideologie für die Krisen verantwortlich gemacht. Systemänderungen werden gefordert. Die amerikanischen Wissenschaftler Roubini, Mihm, Stiglitz (Nobelpreisträger), Shiller, Krugman (Nobelpreisträger), Reinhardt und Rogoff sind mit unterschiedlicher Konsequenz an die wirklichen Ursachen des Versagens der Finanzarchitektur vorgedrungen, haben die Rettungsmaßnahmen kritisch eingeschätzt, ihre Zweifel an bisher erkennbaren Schlüssen geäußert und notwendige nachhaltig wirksame Schritte angeboten. Sie üben auch Kritik an der Rolle der Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Finanz- und Wirtschaftspolitik.¹¹

Bei der Finanzkrise handelt es sich um komplexe und komplizierte Vorgänge, deren Verständnis auf Schwierigkeiten stößt. Die wissenschaftliche Fachliteratur dazu ist widersprüchlich und infolge ihrer gesellschaftlichen Bindungen wenig geeignet, die praktischen Vorgänge als Ausdrücke der Finanzarchitektur und ihrer wirtschaftspolitischen Prägungen zu erklären. Deshalb ist aus der Fülle der Publikationen, die seit 2007 zur Finanzkrise erschienen sind, der Beitrag von Münchau «Kernschmelze im Finanzsystem» hervorzuheben.¹² Der Beitrag wendet sich an ein Publikum ohne Vorkenntnisse und gibt eine informative Einführung in das Problem ohne unvermeidbare Vereinfachungen. Theoretisch und wirtschafts-

politisch verharret er jedoch zu Teilen im Rahmen etablierter neoliberaler Konzepte.

Gleichzeitig wiederholen unbelehrbare neoliberale Theoretiker ihr zerstörerisches Konzept, indem sie die «Systemrelevanz» großen Finanzkapitals und die Bindung der Staaten an internationale Reformen als Hindernisse für staatliche Reformen überzogen in den Vordergrund stellen. Außerdem hängen die Fusionspolitik und der Erfolg wachsender Bemühungen der EU, der G 2 und des IWF wesentlich von den Staaten selbst ab. Politiker interpretieren die Weiterführung des neoliberalen Grundkonzepts als «soziale Marktwirtschaft» mit verbesserten Rahmenbedingungen. Die internationale Arena (EU, G20 und UN) wird durch die Bankenlobby genutzt, um sich als reformfreudig zu geben, tatsächlich aber Reformen auf die lange Bank zu schieben und zu verwässern. In der Auseinandersetzungen um den weiteren Weg aus der Krise werden inzwischen auch antikommunistische Ausfälle gegen die Suche nach neuen Wegen forciert und in Deutschland dabei Probleme der Entwicklung der Linkspartei missbraucht, um deren Vorschläge für eine neue Finanzarchitektur zu diskriminieren.

Sinn behauptet in seiner Schrift «Kasino-Kapitalismus», dass es bei den «Systemfehlern», die die Krise der Weltwirtschaft hervorgerufen haben, «nicht um die Systemfrage an sich» geht. «Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus.» Er schiebt die Ursachen der Krise dem «angelsächsischen Finanzsystem, das in den USA zu Kasinokapitalismus mutierte und leider auch in Europa immer mehr Nachahmer gefunden hat»¹³, zu. Die deutsche und europäische neoliberale Politik, die er theoretisch mit geprägt hat, entlastet er, indem er dem «an die Wand» gefahrenen «Chicago-Liberalismus» den «Neoliberalismus der deutschen Schule» (Rüstow, Röpke, Eucken) gegenüberstellt. Er schreibt: «Es gibt keine Selbstregulierung der Märkte, nur eine Selbststeuerung innerhalb des staatlich gesetzten Regulierungsrahmens.»¹⁴ Er ist der Ansicht, dass die Krise «das Ergebnis der Unfähigkeit der Internationalen Staatengemeinschaft» sei, «ein einheitliches Regulierungssystem für Banken und andere Finanzinstitute zu schaffen, das den Eigennutz der Akteure so kanalisiert, dass er sich segensreich und produktiv entfalten kann, wie man es von einer Marktwirtschaft erwartet» und will dazu beitragen, «ein solches Regulierungssystem zu schaffen».¹⁵ Trotz seiner entschlossenen Weiterführung neoliberaler Wirtschaftspolitik sind seine informationsreichen Analysen zum Krisenverlauf, zu den «Rettungsversuchen» sowie zu den unterbreiteten Vorschlägen zur Reform einzelner Bestandteile der Finanzpolitik kritisch auszuwerten.

Wie Veröffentlichungen zeigen, werden notwendige Schwerpunkte für eingreifende Veränderungen der Finanzarchitektur von unterschiedlichster Seite und mit sehr verschiedenen Schlussfolgerungen durchaus erkannt (z. B. Finanzstabilitätsbericht 2010 der Bundesbank¹⁶, Schäfer, T.: Agenda für

¹¹ Vgl. Matthes, H.: Krise der Weltfinanzen und der Weltwirtschaft: Die USA im Schatten der Krise. Literaturbericht. In: WeltTrends, Potsdam, 18(2010) Nr. 75. S. 81–86 und Matthes, H.: Mehr Staat und nicht weniger. Nouriel Roubini und Stephen Mihm unterbreiten Vorschläge für eine Krisenökonomie. In: Neues Deutschland, Berlin, vom 16./17. Oktober 2010, S. W 5. ¹² Vgl. Münchau, W.: Kernschmelze im Finanzsystem. München 2008. ¹³ Vgl. Sinn, H.-W.: Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist, Berlin 2010, S. 14. Leider enthält diese Quelle auch eine politische Entgleisung und intellektuelle Fehlleistung, mit denen Sinn die Problematik der Finanzkrise durch einen falschen Vergleich mit dem sozialistischen System klein zu reden versucht. ¹⁴ Ebenda, S. 367. ¹⁵ Ebenda, S. 14. ¹⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank: Finanzstabilitätsbericht 2010, in: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, November 2010.

eine neue Finanzmarktarchitektur¹⁷, Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD-Parteivorstands «Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten»¹⁸, Studie von Sony Kapoor publiziert von der Friedrich-Ebert-Stiftung¹⁹, Vorschläge der Memogruppe für alternative Wirtschaftspolitik²⁰, Beiträge der Bundestagsfraktion der Linkspartei²¹ und Standpunkte von Troost, A.: Quo vadis Finanzreform? publiziert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung²²), aber diese Erkenntnisse werden nur unzureichend oder gar nicht für die Durchsetzung erforderlicher Maßnahmen genutzt.

Troost stimmt in der Auswahl der Reformrichtungen und in den Forderungen für Veränderungen weitgehend mit Kapoor überein. Er sieht die Veränderungen aber in enger Beziehung zu einer gesellschaftlichen Transformation und kommt dadurch auch zu weitergehenden Konsequenzen. Troost will «eine Neuordnung des Bankwesens» mit «einer Rückbesinnung hinsichtlich der ökonomischen Kernfunktionen des Bankensektors». Nach seiner Meinung gilt es, «den Finanzsektor wieder auf die Rolle eines Dienstleisters für die Gesamtwirtschaft zurückzustutzen» und «seine ökonomische wie politische Machtposition zurückzudrängen». Als Kernfunktionen nennt er «die Sicherstellung eines zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehrs einschließlich einer entsprechenden Bargeldversorgung», die Rückführung der Banken auf «die Rolle als Kapitalsammelstellen, die für Sparerinnen und Sparer sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit deren und bankeigenem Geld riskante Geschäfte zu tätigen» und die Erfüllung ihrer Finanzierungsfunktion, mit der sie «die Investitionen der Unternehmen und des Staates über Kredit finanzieren».²³

Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, fordert in einer Analyse der Finanzstabilität eine ordnungspolitische Neuorientierung gegen endogene systemische Risiken und eine längerfristige Orientierung bei Reformen. Er ist der Ansicht, dass die «Effektivität makroprudenzieller Maßnahmen» durch Verlagerungen von Geschäften in ein «Schattenbankensystem» spürbar reduziert, wenn nicht gar gefährdet werden könnte.²⁴

Die Europäische Zentralbank veröffentlichte einen Überblick über die Versuche, durch politische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene die globale makroökonomische und Finanzsektorüberwachung, die Krisenpräventions- und Krisenbewältigungsmechanismen zu reformieren. Die Versuche zeigen, dass die Praxis von einer wirksamen Systemreform weit entfernt ist.²⁵ Weiterhin heißt es, dass «das internationale Währungs- und Finanzsystem durch diese Neuerungen wohl nicht in seinen Grundzügen verändert werden wird und auch nicht muss»²⁶.

Überraschend kritisch ist der Abschlussbericht der Untersuchungskommission des US-Kongresses zur Finanzmarktkrise. Die Untersuchungskommission wurde im Mai 2009 durch US-Präsident Obama eingesetzt und führte politische Fehler, Missmanagement und kopflose Risikobereitschaft an der Wallstreet an. Kritisiert werden besonders die Spekulationen des gigantischen Schattenbankensystems (die Banken gaben von 1999 bis 2008 2,8 Mrd. Dollar für Lobbyismus aus) und das Verhalten der US-Notenbank sowie die hochriskanten Finanzprodukte («miliardenschwerer Giftmüll») werden hervorgehoben. Die Fehlentwicklungen werden mit der Politik der Administrationen der USA unter Clinton und Bush in Zusammenhang gebracht.²⁷ Trotz der Kritik und eingeleiteter

Einzelmaßnahmen hat sich bisher wenig an der Rückkehr zu überholter Finanzpolitik geändert.

Weber, der Präsident der Deutschen Bundesbank, hat sich in den Auseinandersetzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise ständig geäußert. Er bemühte sich, Probleme sachkundig zu benennen, der etablierten Wirtschaftswissenschaft und der Politik der Regierung in den Grundzügen zu folgen, Optimismus (z. T. ungerechtfertigt) zu verbreiten und trotz kritischer Einschränkungen die bisherigen Krisenkonsequenzen zu rechtfertigen. Das charakterisiert auch seine jüngst gegebene Bestandsaufnahme und den daraus abgeleiteten Ausblick.²⁸ Otte untersuchte die konkreten Ursachen der Krise, die Regulierungsversuche für die Finanzmärkte und zog Schlussfolgerungen für die ökonomische Wissenschaft. Er weist nach, «dass die Gesten der Politik bislang vor allem Säbelrasseln waren, dass aber letztlich das System, welches zur Krise geführt hat, weiterbesteht»²⁹. Deshalb fordert er eine funktionierende und gerechte Marktwirtschaft, was einen entsprechenden Wandel im wissenschaftlichen ökonomischen Denken voraussetzt.

Bis heute kam es praktisch zu zwar zahlreichen, aber inhaltlich nur bescheidenen und sehr begrenzt wirksamen Schlussfolgerungen in Deutschland, in anderen Staaten, in Europa (EU) und weltweit (G 20, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Internationaler Währungsfonds, Weltbank). Viele Einzelmaßnahmen wurden auf unterschiedlicher Ebene festgelegt. Neue internationale Richtlinien für die Kapitalausstattung wurden ausgearbeitet und angenommen (*Basel III*)³⁰, die über Jahre mit vielen Einschränkungen durchgesetzt werden sollen. Der Finanzstabilitätsrat der G 20 wurde geschaffen. Er erfüllt bisher nicht die in ihn gesetzten Erwartungen für Finanzreformen. Die G 20 bemühte sich ohne großen Erfolg auch um die Austrocknung von Steuer- und Finanzgeschäfts-oasen. Neue Institutionen der Finanzaufsicht wurden eingerichtet (*European Systemic Risk Board, European Supervisory Authorities* mit der *European Banking Authority, European Securities and Markets Authority* und *European Insurance and Occupational Authority*). Die neuen EU-Behörden wurden für

¹⁷ Vgl. Schäfer, D.: Agenda für eine neue Finanzmarktarchitektur. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Wochenbericht, Berlin, Nr. 51–52/2008 vom 17. Dezember 2008, S. 808–817. ¹⁸ Vgl. Eine Neue Balance von Markt und Staat: Verkehrsregeln für die Internationalen Finanzmärkte. Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise. SPD-Parteivorstand, Berlin 2008. ¹⁹ Vgl. Kapoor, S.: A. a. O. (ohne Seitenangabe). ²⁰ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung. Memorandum 2009, Bremen 2009, EuroMemorandum-Gruppe: Europa in der Krise: Wie die EU in der Krise versagt. EuroMemorandum 2009/2010, Bremen 2009, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sozialökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuergeschenke, Memorandum 2010, Bremen 2010, und EuroMemoGroup: Confronting the Crisis: Austerity or Solidarity. EuroMemorandum 2010/2011, Bremen 2011. Alle Publikationen in: <http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de>. ²¹ Vgl. Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen. DIE LINKE. im Bundestag, Berlin 2010, und Höll, B. und Troost, A.: Bankenfachgespräch zur Neuordnung des deutschen Bankensektors. DIE LINKE. im Bundestag, Berlin 2011. Beide Veröffentlichungen in: <http://www.linksfraktion.de>. ²² Vgl. Troost, A.: Quo vadis Finanzreform? A. a. O. ²³ Troost, A.: Die Vergesellschaftung der Banken konkret denken. In: Neues Deutschland, Berlin, 27. September 2010, S. 10. ²⁴ Vgl. Finanzstabilität im Zeichen der Schuldenkrise. Vortrag von Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, beim Center for Financial Studies, in Frankfurt am Main, am 19. Januar 2011. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Nr. 4 vom 26. Januar 2011, S. 3–8. ²⁵ Vgl. Die Finanzkrise und die Stärkung der politischen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. In: Europäische Zentralbank. Monatsbericht. Frankfurt am Main. Januar 2011. S. 93–105. ²⁶ Ebenda, S. 105. ²⁷ Vgl. Stenger, K.: Gier und Versagen führten zu Finanzkrise. In: Neues Deutschland, Berlin, 28. Januar 2011. S. 1. ²⁸ Vgl.: Finanzstabilität und Regulierung: Bestandsaufnahme und Ausblick. Rede von Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, auf dem 25. ZinsForum, in Frankfurt am Main, am 2. Dezember 2010. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt am Main, Nr. 51 vom 8. Dezember 2010, S. 3f. ²⁹ Otte, M.: Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Berlin, Nr. 52/2009 vom 21. Dezember 2009, S. 15. ³⁰ Zu Basel III vgl. Stenger, K.: Damit Banken nicht mehr das Geld ausgeben. In: Neues Deutschland, Berlin, 14.9.2010, S. 2.

das Jahr 2011 mit 40 Mill. Euro ausgestattet und erhielten Kontrollkompetenzen, auch das Recht, risikofolle Finanzinstrumente zeitweilig zu verbieten.³¹ Für die EU wurden umstrittene Registrierungsverpflichtungen und Regulierungsmaßnahmen für das Management von Investmentfonds, auch für Hedgefonds, vereinbart, deren Ratifizierung leider zwei Jahre in Anspruch nehmen wird.³² Für die Ratingagenturen legte der Europäische Rat der EU 2009 Registrierungsspflichten und die Trennung von Bewertungs- und Beratungsgeschäft fest. In Deutschland erfolgte im Juli 2009 eine Neuordnung der Finanzmarktaufsicht, die Einführung der Meldepflicht für Leerverkäufe und die Haltung von Eigenanteilen bei Verbriefungen. Eine deutsche Boni-Regelung zur Umsetzung von Vereinbarungen der G 20 und ein deutsches Rating-Agenturen-Gesetz in Umsetzung der EU-Rating-Verordnung wurden angenommen. Auf der Grundlage der Bonusregelungen der EU erfolgte eine gesetzliche Regelung der Vorstandsvergütungen. Im Jahr 2010 wurde ein deutsches Restrukturierungsgesetz für Banken beschlossen, die ein Sanierungsverfahren bzw. Reorganisationsverfahren absolvieren. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Einführung einer Transaktionssteuer, macht diese aber von bisher erfolglosen internationalen Entscheidungen abhängig. Die im Rahmen des deutschen Restrukturierungsgesetzes vorgesehene Bankenabgabe ist mit ihren Einnahmekonsequenzen kein Ersatz für die diskutierte Transaktionssteuer für Finanzgeschäfte. Insgesamt ist festzustellen, dass sich damit wenig an der Grundstruktur der gesamten Finanzarchitektur ändert. Gemessen am Reformbedarf stellt Troost fest, dass mit den bisherigen Regulierungsbemühungen «vieles nur halbherzig angegangen wurde und noch viel mehr gar nicht», und fährt fort: «Zum größten Teil sind diese Maßnahmen reine Zukunftsmusik. Was die einschlägigen Lobbys von den Reformansätzen letztlich übrig lassen, ist in den meisten Fällen noch offen.»³³ Wie bei anderen globalen Krisenentwicklungen (Umwelt, Afrika) bleibt es hinsichtlich der Schlussfolgerungen meist bei Erklärungen und Versprechen. Die Reformen werden von den Interessen der Banken und Großanleger dominiert und wesentlich von «Fachleuten» gestaltet, die mit den Interessen dieser Klientel über eine Lobby verbunden sind. Besonders riskant ist der bereits genutzte offene gehaltene Wechsel in die Schattenbanken.³⁴ Auch das in den USA 2010 verabschiedete 2300 Seiten umfassende Reformpaket stellt institutionelle Fragen in den Vordergrund und führt zu keiner neuen, nachhaltig wirksamen Finanzarchitektur. Es gelang jedoch in der Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern, die Wahrnehmung der politischen Verantwortung des Staates für den Finanzmarkt und die Banken zu stärken.³⁵ Andererseits stellt selbst das *International Centre for Financial Regulation* fest, dass trotz erheblicher Fortschritte im Jahre 2010 die Reformpropaganda zur Regulierung im Finanzsektor auf wackligen Füßen steht. Auch das *World Economic Forum* in Davos verzeichnet in seinem Global Risk Report weiter wachsende Risiken. Für neue Krisenherde stehen vielen Staaten kaum noch Mittel zu ihrer Bekämpfung zur Verfügung.

Die neoliberalen Fehlentwicklungen des Geldkreislaufs des Kapitals werden also fortgesetzt. Im Finanzsektor wurde schnell das alte Geschäft mit ungenügenden Einschränkungen wiederbelebt. Das «Casino» bleibt erhalten. Banken und anderen Geldinstitute erzielen durch die Nutzung der

«Rettungspakete» und die weitgehend erhaltene Finanzarchitektur wieder höchste Gewinne. In den USA gelang es der Citigroup, in kurzer Frist Rettungsgelder zurückzuzahlen. Der Finanz- und Währungsmarkt bleibt jedoch aufgebläht und große Blasen existieren weiter bzw. entstehen neu.

GLOBALER CHARAKTER DER FINANZKRISE UND DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Die in den USA ausgelöste Finanzkrise fand im Zentrum der heutigen globalen Finanzarchitektur statt. Bisher hatten Randzonen wie Lateinamerika und Asien im Vordergrund solcher Krisen gestanden. Die Finanzkrise nahm schnell ein globales Ausmaß an und wurde zur größten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Die globalen Auswirkungen der Finanzkrise trafen die einzelnen Staaten und Regionen unterschiedlich stark entsprechend ihrer Stellung in der Finanzarchitektur der Welt und ihrer wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Die inzwischen entstandenen Schwellenländer, insbesondere China, stellen sich als konkurrenzstarke Kräfte auf den Spekulationsmärkten der einseitigen Verteilung der Krisenkosten entgegen. Wie für die Finanzkrise wurden auch für die Wirtschaftskrise «Rettungsmaßnahmen», u. a. Subventionen für Unternehmen, vor allem Konzerne, staatliche Investitionen, Finanzierung von Kurzarbeit, also der Einsatz von Steuergeld für die Wirtschaft eingeleitet. In Deutschland wurden für Konjunkturprogramme im Dezember 2008 und im Februar 2009 über 100 Mrd. Euro eingesetzt und ein Deutschlandfonds für Notleidende Unternehmen in Höhe von 115 Mrd. Euro eingerichtet. Herausragend sind die Beträge, die in den hoch verschuldeten USA für die Konjunkturpolitik verausgabt wurden. Auf direkt die Nachfrage fördernde Einkommenserhöhungen im Konsumbereich wurde jedoch weitgehend verzichtet. Insgesamt wurde auf die herkömmliche Konjunkturpolitik zurückgegriffen und davon ausgegangen, dass der Zyklus sich bereits in Richtung Belebung der Konjunktur bewegt. Der Verlauf der Konjunktur in Deutschland, der vorhandene größere Handlungsspielraum als in anderen Ländern, die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit (auch infolge Niedriglohnpolitik) scheinen das zu stützen. Im Jahr 2010 hat Deutschland einen Exportüberschuss von über 150 Mrd. Euro erwirtschaftet. Nach dem Rückschlag der Wirtschaft 2009 führte der Aufschwung 2010 dennoch nicht zum Ausgleich der Krisenverluste. Die Nachhaltigkeit des konjunkturellen Aufschwungs ist wahrscheinlich nicht gesichert, zumal die Konjunkturprogramme nicht beliebig fortsetzbar sind und neue wirtschaftliche Probleme wie Inflationsgefahr und Binnenmarktschwäche heranreifen. Mit den wachsenden Einschränkungen der Sozialsysteme ist längerfristig auch eine politische Destabilisierung mit konjunkturellen Auswirkungen nicht auszuschließen. Die Finanzkrise setzt sich in veränderter Form fort.

Der globale Charakter der Finanz- und Wirtschaftskrise brachte die veränderten politischen Kräfteverhältnisse in der

³¹ Vgl.: Breite Mehrheit für EU-Finanzaufsicht. In: Neues Deutschland, Berlin, 23. September 2010. S. 9. ³² Vgl. An die Leine genommen. In: Das Parlament, Berlin, Nr. 46/47 vom 15. November 2010. S. 10. ³³ Troost, A.: Quo vadis Finanzreform? A. a. O., S. 2. ³⁴ Vgl.: Riecke, T.: Monster aus dem Schattenreich. In: Handelsblatt. Wirtschafts- und Finanzzeitung, Düsseldorf / Frankfurt, vom 3. Dezember 2010. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 51 vom 8. Dezember 2010, S. 5 und Landgraf, R.: Durch Schattenbanken ziehen neue Gefahren auf. In: Handelsblatt vom 20. Januar 2011, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln Nr. 4 vom 20. Januar 2011. S. 11. ³⁵ Vgl. Dyer, John: Obama legt Banken Zügel an. US-Finanzreform steht – Investoren nun besser unter Kontrolle. In: Neues Deutschland, Berlin, 17./18. Juli 2010, S. 8.

Welt zur Wirkung. Betroffen davon ist Rolle der G 20 in der internationalen Auseinandersetzung mit den Krisen und sind die auf der Tagungsordnung stehenden Veränderungen in den Bretton-Woods-Institutionen der Vereinten Nationen. Während die Vorherrschaft der USA und der Einfluss der G 8 zunehmend in Frage gestellt werden, ringen die Schwellenländer Asiens (zunehmend China), Lateinamerikas und Entwicklungsländer um Einfluss. Bisherige Ergebnisse der G 20, auf die sich Deutschland und die führenden Industriestaaten berufen, sind neben wenigen Einzelschritten vorrangig Ankündigungen ohne systemwirksame Konsequenzen. Obwohl der G 20-Gipfel in Seoul im November 2010 die großen Erwartungen an ihn nicht erfüllte, bieten sich in den Erklärungen und im Seoul-Aktionsplan Anknüpfungspunkte für neues Vorgehen bei den weiteren Treffen. Die Kräfteverschiebungen werden auf Dauer zu einer Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Ordnung in der Welt führen und neue Voraussetzungen auch für eine weitergehende Neugestaltung der Finanzarchitektur erzeugen.

EUROKRISE ALS STAATSSCHULDENKRISE UND DIE KRISE DER EU

Der globale Charakter der Finanzkrise und ihr Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise zeigt sich auch in der Eurokrise. Zunächst wehrten sich die europäischen Staaten gegen die Auswirkungen der amerikanischen Hypothekenkrise und finanzierten Konjunkturprogramme gegen die Weltwirtschaftskrise. Der Euromarkt zeigt sich dabei instabil gegenüber dem anhaltenden Krisendruck und den Spekulationen mit dem Euro, die sich aus wachsender Staatsverschuldung ergeben. Es ist nicht nur eine Staatsschuldenkrise einzelner Staaten der Eurozone, sondern des Euro selbst, dessen noch vorhandene Stabilität auf dem Spiele steht und dessen Ruf angeschlagen ist. Schäuble, deutscher Finanzminister, erklärte: «Wir erleben keine Krise des Euro, sondern Krisen in einzelnen Eurostaaten, die auf wirtschafts- und finanzpolitisches Fehlverhalten einzelner Länder wie in Griechenland oder auf ein aus den Fugen geratenes Bankensystem wie in Irland zurückzuführen sind.»³⁶ Er berücksichtigt dabei nicht, dass der durch die EU-Wirtschaftspolitik und die Währungsunion geschaffene Systemrahmen, an dem vor allem Deutschland maßgebend beteiligt ist, zu diesem «Fehlverhalten» führte. Die eingeleiteten Rettungsmaßnahmen, Erklärungen von EU-Politikern zum Festhalten am Euro und zur Stützung des Euro durch China und Japan (Ankündigung auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos Januar 2010 und bei anderen Anlässen) haben eine nur vorübergehende, aufschiebende und täuschende Beruhigung erzeugt. Die Verschuldungsprobleme in der EU bleiben ungelöst. Staatsanleihen aus der Eurozone sind teilweise für die Investoren riskanter als solche aus aufstrebenden Schwellenländern. Die Beratungen über die Rettungsmaßnahmen und notwendige Konsequenzen für weiteres Vorgehen offenbaren über die Eurokrise hinausgehende Krisensymptome der europäischen Integration der EU. Die Wochenzeitung Das Parlament veröffentlichte zur Euro-Krise eine Artikelfolge, in der in wissenschaftlichen Einzelbeiträgen die «Euro-Krise als (nicht nur) eine Währungskrise», sondern sogar als «keine Krise der EU» angesehen und nachdrücklich eine wirtschaftspolitische Integration als Voraussetzung für eine Währungsunion eingefordert wird.³⁷

Hintergrund der Eurokrise sind die Auswirkungen von politischen und wirtschaftlichen Versäumnissen bei der Einführung des Euro. Die beträchtlichen wirtschaftlichen Niveauunterschiede zwischen den an der Eurozone beteiligten Ländern wurden ungenügend beachtet. Sie erzeugten Bruchlinien zwischen Zentrums- und Peripherieländern. Gleichzeitig wurde auf eine nachhaltige, zur Konvergenz führende gemeinsame Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft verzichtet, obwohl die EU von 2007 bis 2010 entsprechend des Kohärenzberichts der EU-Kommission 308 Mrd. Euro für Struktur- und Sozialpolitik einsetzte. Die EU-Beiträge und die Zugehörigkeit zur Eurozone wurden zwar politisch und wirtschaftlich gefördert, ergaben aber keine politischen Union. Die Wirtschaftspolitik der EU konzentrierte sich auf die Durchsetzung neoliberaler Rahmenbedingungen im Interesse der Konzerne. Jetzt fordert selbst Kommissionspräsident Barroso eine EU-Wirtschaftsregierung, allerdings ohne zu erklären, welches Integrationskonzept ihrer Tätigkeit zugrunde gelegt werden soll. Eine Stärkung oder Weiterführung gemeinsamer neoliberaler Politik würde die Probleme weiter zuspitzen. Die deregulierte liberale Wirtschaftspolitik hatte zur Folge, dass den Konkurrenzvorteilen der Stärkeren keine nationale Protektion entgegengesetzt werden konnte. Deutschland erwirtschaftete von 2002 bis 2010 Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber Euroländern von 672,1 Mrd. Euro. Deutsche Kreditinstitute vergaben bis Ende 2010 für über 500 Mrd. Euro Kredite an Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.³⁸ Deutschland wurde auch dank dieser Politik Exportweltmeister. Trotz Stabilitätspakt wurde die Verschuldung der Staaten zugelassen, die auf Auslandsinvestitionen und -krediten basierte. Deutschland verletzte den Stabilitätspakt als erstes Land und verhinderte seinerzeit die entsprechenden Konsequenzen. Bis September 2010 wurden gegen 24 von 27 EU-Ländern Strafverfahren wegen Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeleitet. Für die Banken der starken Länder, vor allem Deutschland, ergaben sich günstige Anlagesphären, die ein besonderes moral hazard rechtfertigten. Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkten die über Jahre entstandene Blase von Staatsschulden und brachten sie in Griechenland und Irland zum Platzen. Kreditgeber, Kreditnehmer und Staaten konnten sich nun auf die «Systemrelevanz» des Euro verlassen, der weder als Ganzes noch für einzelne Staaten ohne katastrophale Folgen aufs Spiel gesetzt werden konnte.

Die Durchsetzung von inzwischen unterbreiteten radikalen Vorschlägen (z. B. Ausschluss einzelner Staaten aus dem Eurosystem, Bildung von zwei Eurozonen, Rückkehr zu nationalen Währungen) würde die Eurozone zerstören und nicht den Erfordernissen objektiv begründeter Integration und Globalisierung entsprechen. Henkel, ehemaliger BDI-Präsident, befürwortet nach dem Scheitern des auch durch ihn getragenen Eurokonzepts die Herausbildung einer Wettbewerbsgemein-

³⁶ Schäuble, W.: Reform der europäischen Finanzregeln – für eine bessere Verfassung Europas. Rede des Bundesministers der Finanzen im Rahmen der Vortragsreihe Forum Constitutionis Europae des Walter-Hallstein-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin am 26. Januar 2011, S. 4. ³⁷ Vgl. Kirsch, G.: Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise, und Enderlein, H.: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Berlin, Nr. 43/2010 vom 25. Oktober 2010, S. 3–7 bzw. S. 7–12. ³⁸ Vgl. dazu Pfeiffer, H.: Sozialisierung der Verlustrisiken. In: Neues Deutschland, Berlin, 14. Dezember 2010, S. 9. Weitere Angaben bei Konicz, T.: Exportstrategie der «verbrannten Erde». Die deutsche Industrie profitierte jahrelang vom Euro – die Folge sind Schuldenberge im Süden. In: Neues Deutschland, Berlin, 15. Dezember 2010, S. 17.

schaft mit zwei Währungen, ein Europa der Vaterländer, das statt einer Vertiefung der europäischen Integration die uneingeschränkte Wahrnehmung deutscher Konzerninteressen auf dem bereits praktizierten neoliberalen Wirtschaftsweg gewährleistet und damit die Existenz der EU gefährdet.³⁹ Zunächst wurde im Mai 2010 eine Europäische Finanzstabilitätsfazilität in Höhe von 750 Mrd. Euro auf einer unsicheren Kreditbasis geschaffen, an der sich auch der IWF beteiligt. Die Einbeziehung des IWF belegt die globale Orientierung der EU auf das neoliberale Vorgehen. Für die «Rettung» Griechenlands wurden aus der Fazilität 110 Mrd. Euro und für Irland 85 Mrd. Euro bereitgestellt. Deutschland stellte für Griechenland 22,4 Mrd. Euro und für den Euroschutzschirm 148 Mrd. Euro zur Verfügung. Der Eurorettungsfonds stößt, wie das große Überangebot bei einer ersten Aufnahme von Mitteln zeigte, bei seiner Finanzierung auf großes Interesse von Investoren. Die Europäische Zentralbank kaufte von Mai bis Dezember 2010 für über 70 Mrd. Euro schwer verkäufliche Government Bonds von Griechenland, Irland und Portugal. Im Zusammenhang mit der Eurokrise verdoppelte sie ihr Grundkapital. Die Europäische Kommission zapfte im Rahmen der mit der «Rettung» Irlands geschaffenen Sonderkreditlinie der EU erstmalig mit 5 Mrd. Euro den Kapitalmarkt an. Auf diese Weise werden auch für die Eurokrise die Steuerzahler der Staaten der Gläubigerbanken und die Reduzierung der Sozialausgaben der überschuldeten Staaten herangezogen. Die Belastungen durch die Eurokrise sind für Deutschland erheblich. Seine Steuerzahler werden, wie der amerikanische Ökonom Roubini feststellt, die Hauptopfer der Eurokrise. Bisher ist der weitere Krisenverlauf nicht abschätzbar, da es weitere Bankrott Kandidaten gibt. Neben Portugal, Spanien und anderen sind selbst die bisherigen Träger von Rettungsfonds nicht frei von Problemen der Staatsverschuldung. Die Staaten der Eurozone hatten Ende des 3. Quartals 2010 Nettoverbindlichkeiten in Höhe von 1,2 Billionen Euro bei einer Bruttoauslandsverschuldung von 11 Billionen Euro. Sie müssen sich schätzungsweise 2011 etwa 850 Mrd. Euro durch Anleiheverkäufe beschaffen. Diskussionen um die «Rettungsmaßnahmen» und ein nachhaltiges Rettungssystem zeigen, dass die Eurokrise nicht nur einzelne Staaten, sondern die gesamte EU betrifft.

Zur Lösung der Probleme gibt es in der EU unterschiedliche Auffassungen, z. B. zur Beteiligung der Gläubiger, zu Insolvenzverfahren für Staaten und zu Umschuldungen (Laufzeitverlängerungen und Zinsabschläge), zu Euroanleihen mit einheitlichen Zinssätzen, zu einem härteren Stabilitätspakt, zu Stimmrechtsentzug und zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Die Diskussionen um die Zukunft der Währungsunion offenbaren auf dem Hintergrund abgestimmten Vorgehens in der EU die Interessenunterschiede der Staaten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die traditionellen Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich, die bisher politisch verdrängt werden.

China hat infolge seiner Außenwirtschaftsinteressen den Kauf von unsicheren Euroanlagen angekündigt, um weiteren Erschütterungen der Wirtschaft seines bedeutenden europäischen Partners entgegenzuwirken. Im Jahre 2010 betrug der Außenhandelsumsatz der EU mit China etwa 480 Mrd. US-Dollar (Steigerung um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das Defizit der EU gegenüber China machte 132 Mrd. US-Dollar aus. Selbst das hoch verschuldete Japan spekuliert

mit Euroanlagen. Es will aus seiner Währungsreserve (Ende 2010 1,1096 Billionen Dollar) Anleihen der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität kaufen.

Deutschland, das mit seiner EU-Politik wesentliche Schuld an der entstandenen Misere trägt und dessen Konzerne und Banken Hauptnutznießer der falschen Europapolitik sind, wehrt sich nun gegen weitere Kostenübernahme und eine Transferunion. Es will politisch am Zustand der EU als Union «sui generis» ohne gemeinsame Wirtschaftsregierung und ohne Fiskalunion festhalten. Nun soll hauptsächlich ein veränderter Stabilitätspakt Fehlentwicklungen der Währungsunion verhindern.⁴⁰ Nach Finanzminister Schäuble muss für die mittelfristige Stabilisierung der europäischen Währungsunion «das System zur Einhaltung gemeinsamer Rahmenbedingungen für nationale Finanz- und Haushaltspolitiken wirkungskräftiger werden» und auch automatisierte Sanktionen bei Regelverstößen umfassen. Er fordert «einen neuen, robusten Krisenbewältigungsmechanismus für Notfälle» mit Beteiligung der Gläubiger. Die nationalen Politiken zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung sollen in der Eurozone verzahnt werden. Eine «Wirtschaftsregierung» versteht Schäuble weiterhin als intergouvernemental praktizierte Zusammenarbeit, die zu verstärken ist, ohne sie grundlegend zu verändern.⁴¹ Auch Dombret plädiert vorrangig für eine Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte, ohne allerdings auf notwendige Veränderungen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzsystempolitik zu verzichten.⁴² Nach Dombret reicht Härtingung der Fiskalregeln nicht aus, um fehlende wirtschaftspolitische Grundlagen einer Währungsunion zu kompensieren. Hickel stellt dazu fest: «Wer die politische Integration Europas in Richtung einer Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion verweigert, hat auch die Verantwortung für das Siechtum der Euro-Währung mit einem schrecklichen Ende zu tragen.»⁴³ Diese Union muss kein Superstaat sein. Gemeinsame Wirtschaftspolitik müsste Wachstum durch Effektivitätsgewinne sichern. Konvergenz ist dabei eine unverzichtbare Bedingung. Ein neoliberal organisiertes System vertieft die Unterschiede und erzeugt Spannungen zwischen gegensätzlichen nationalen Interessen. Transfer wirtschaftlicher Mittel und von Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie Solidarität zur Wahrnehmung gegenseitiger Vorteile sind Bedingung für wirtschaftliche Konvergenz. Konvergenz ist auch Voraussetzung für das integrierte Verfolgen gemeinsamer Ziele. Die jetzige Krise hat übrigens einen Transfer als Notlösung erzwungen, der nicht als Mittel der Konvergenz integrierenden Nutzen bringt und die Krisenprobleme auf Dauer nicht löst. Die EU steht nach ihrer Reformkrise der letzten beiden Jahrzehnte nun vor unaufschiebbaren Veränderungen, bei denen die Existenz des Euro und der EU auf der Tagesordnung stehen. Die dabei zu lösenden Probleme können nicht einem erneuten jahrelangen «Aussitzen» überlassen werden. Erst ab 2013 soll eine neue permanente Stabilitätsregelung für den

³⁹ Henkel, H.-O.: Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet. München 2010. ⁴⁰ Neoliberal orientierte deutsche Wirtschaftswissenschaftler haben dazu eine Vorlage geliefert. Vgl.: Fuest, C., Franz, W., Hellwig, M. und Sinn, H.-W.: Zehn Regeln zur Rettung des Euro. Europa braucht keine Wirtschaftsregierung, um den Euro zu retten. Es braucht politische und marktwirtschaftliche Mechanismen, um die Verschuldung zu begrenzen. Unabhängig ist ein Insolvenzverfahren für Staaten. Ein Appell an die Bundesregierung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18. Juni 2010. S. 10. ⁴¹ Vgl. ebenda S. 8 ff. ⁴² Vgl. Finanzstabilität im Zeichen der Schuldenkrise. A. a. O. S. 6.

Euro die Rettungsmaßnahmen ablösen, deren Ausgestaltung völlig offen ist. Die weitere Entwicklung des Euro wird auch Bestandteil von Veränderungen des Weltwährungssystems sein, das selbst im Rahmen der Finanzarchitektur in eine kritische Lage geraten ist.

INTERNATIONALES WÄHRUNGSSYSTEM ALS PERMANENTE KRISENGEFAHR

Die Währungen verkörpern die durch Staaten und zwischen den Staaten vereinbarten, definierten und garantierten Formen des Weltgeldes. Währungen waren ursprünglich selbst Waren und repräsentierten deren Wert. Historisch hatte sich dafür das Gold als Ware durchgesetzt bis das Papiergeld zunächst mit Golddeckung durch den Staat als Währung legitimiert wurde. Verschiedenste Buchgeldformen und schließlich elektronisch erfasstes Geld erweiterten den Geldmarkt der Währungen. In diesem Prozess lösten sich die Währungen immer stärker von der materiellen Warenwelt. Ihre fehlende Deckung durch die reale Wirtschaft der Produkte und Leistungen wurde zum Krisenproblem. Zudem können Staaten und Notenbanken ihre Bilanzen durch ungerechtfertigte Geldschöpfung, durch Auf- und Abwertung ihrer Währungen «in Ordnung bringen». Das erzeugt weitere Blasen im Finanzsystem. Mehr noch, die neoliberale Deregulierung und Liberalisierung der Geldwirtschaft, besonders der Schattenbanken, hat das Währungsmonopol des Staates gebrochen und zur Entartung der Geldschöpfung geführt. Die Währungen stehen in einem internationalen Konkurrenzkampf auf dem internationalen Geldmarkt. Entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Kräftepotentiale haben sich unterschiedliche Qualitäten von Währungen herausgebildet (z. B. konvertierbare Währungen, Verrechnungswährungen, nicht konvertierbare Binnenwährungen, unter- und überbewertete Währungen). Der internationale Geldmarkt wird von wenigen Währungen ausgewählter Industrieländer beherrscht. Der US-Dollar wurde zur Leitwährung, die im Währungsaustausch, im Waren- und Leistungshandel, als Reservewährung und als Währungsmaßstab für andere Währungen eine dominierende Rolle spielt. Inzwischen bilden Währungen von Schwellenländern, besonders der chinesische Yuan, eine wachsende Konkurrenz zum Dollar wie auch zu anderen Währungen der Industrieländer. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen zeigen in mehrfacher Hinsicht die Krisenanfälligkeit des internationalen Währungssystems und führen zu einem verschärften Kampf zwischen den Währungen. Zunächst verursachte die Krise durch die Zurückhaltung der Banken eine Kreditklemme und Liquiditätsprobleme. Die Bekämpfung der Krisen durch Rettungspakete der Staaten und die Niedrigzinspolitik ihrer Notenbanken bewirken eine Liquiditätsschwemme und vermehren die ungedeckten Währungsblasen. Billiges Geld gefährdet Währungsstabilität. Nach den Wandlungen des Weltwährungssystems mit dem Dollar als Leitwährung während der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts (Auflösung der Goldbindung) ist das Weltwährungssystem heute tief erschüttert und voller Zeitbomben. Die USA sind als Staat hoch verschuldet. Der Schuldenstand liegt an der gesetzlich festgelegten Schuldengrenze von 14,3 Billionen Dollar. Es kann unterstellt werden, dass die Dollarverschuldung der privaten Wirtschaft ein Mehrfaches dieses Betrags umfasst. Der zur Zeit laufende Haushalt hat ein Defizit von 1,645 Billionen US-Dollar. Das Haushaltsdefizit soll

für das kommende Fiskaljahr auf 1,101 Billionen US-Dollar schrumpfen.⁴⁴ Die USA setzen den Dollar, der nach wie vor als wichtigste internationale Reservewährung dient, zur Finanzierung ihrer Schulden ohne ausreichende Deckung ein. US-Finanzminister Geithner fordert deshalb von den G 20 Maßnahmen gegen zu hohe Handelsbilanzüberschüsse, weil sich die USA selbst mit protektionistischen Mitteln kaum noch vor weiteren Defiziten retten können. Die Mittel für die Krisen- und Konjunkturpolitik sowie die Kriegsführung und Terrorbekämpfung in der Welt begründen wachsende Defizite. Derzeit versuchen die USA, mit dem Aufkauf von Schatzbriefen und dem Ersatz von auslaufenden Staatsanleihen 900 Mrd. US-Dollar in die Wirtschaft zu pumpen. Die Konjunktur soll auch mit Krediten zu Niedrigzinsen angekurbelt werden. In den Jahren 2008 und 2009 setzten die USA bereits 1,7 Billionen US-Dollar ein, um die Kreditversorgung der Wirtschaft während der Krise zu sichern.

Japan ist im Ergebnis seiner Konjunkturpolitik mit Schulden in Höhe von 200 Prozent des Bruttosozialprodukts das von allen Industrieländern am stärksten verschuldete Land.⁴⁵ Es verfügt trotzdem über hohe Währungsreserven.

China wurde zum Hauptanleger in US-Dollar. Nach Schätzungen der *Financial Times Deutschland* vom Januar 2011 verfügt China über 3 Billionen US-Dollar als Devisenreserven. Darunter sollen etwa 1,8 Billionen US-Dollar in US-Anleihen angelegt sein und mehr als ein Viertel in Euro-Anlagen.

Andere Schwellenländer und Europa sind ebenfalls an den Stützungen für die USA beteiligt. Eine Reform des Weltwährungssystems wird aber durch die Interessengegensätze zwischen den Hauptbeteiligten und besonders durch das Verhalten der USA verzögert. Für die Weltwährungskrise bedeutet das eine ernste Gefahr, wobei eine Crashkatastrophe nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Die Auseinandersetzung mit der globalen Finanzkrise hat zu einer besorgniserregenden Zunahme von Währungsgeschäften mit spekulativem Hintergrund geführt.

Der Journalist Daniel D. Eckert hat mit seinem Buch «Weltkrieg der Währungen» ein informationsreiches Bild der historischen und gegenwärtigen Entwicklung des Weltwährungssystems, vor allem des US-Dollar, des Yuan, des Euro und des Goldes vorgelegt. Er beschreibt die eingetretenen Fehlentwicklungen und deren Hintergründe, ohne auf die sozialökonomischen Ursachen der Krise tiefer einzugehen und die notwendigen Veränderungen der Finanzarchitektur abzuleiten. Er geht jedoch auf die Diskussion wichtiger Vorschläge für die Zukunft ein. Sein Fazit: «Politiker setzen sie (die Währungen – H. M.) im internationalen Spiel um die Macht als Angriffs- und Verteidigungswaffe ein. ... wer die Macht über die Währungen hat, kann Wohlstand umverteilen, ohne eine einzige Division zu mobilisieren. ... Mit Wechselkursen oder Währungsunionen werden Schlachten um Macht und Wohlstand gewonnen oder verloren. Die Kämpfe sind zum Glück nicht so blutig wie die mit Panzern und Bombern, aber sie werden das Gesicht des 21. Jahrhunderts ebenso sehr prägen wie die großen Schlachten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs das 20. Jahrhundert prägen.»⁴⁶ Eckerts Ein-

⁴³ Hicel, R.: Das Euro-Chaos beenden, in: Neues Deutschland, Berlin, 6. Dezember 2010 S. 4. ⁴⁴ Vgl. Standke, O.: Obamas Etatschlacht am Fuß des Schuldenbergs. In: Neues Deutschland, Berlin, 15. Februar 2011, S. 6. ⁴⁵ Vgl.: Konicz, T.: Fiskalischer Turmbau zu Tokio. In: Neues Deutschland, Berlin, 25. August 2010, S. 16.

schätzung teilt Wolfgang Münchau, der den Kreditmarkt als «eine moderne Massenvernichtungswaffe» bezeichnet. Auch der amerikanische Großinvestor, Warren Buffet, vergleicht einige der neuen Instrumente dieses Marktes mit Massenvernichtungswaffen.

Eine internationale Reform ist deshalb zwingend notwendig, an der sowohl die Hauptträger des Systems und die G 20 als auch die Vereinten Nationen zu beteiligen sind. Zu diesem Zweck müssen zunächst die Einrichtungen reformiert werden, die wie IWF und Weltbank als Instrumente der USA zur Wahrnehmung ihrer Währungsinteressen dienen. Obwohl der US-Dollar als Leit- und Reservewährung zunehmend in Frage gestellt wird, bietet sich kaum eine andere Währung als Leit- und Reservewährung an. Auch der Euro und der japanische Yen sind an spezielle Interessen gebunden und befinden sich in Krisen. Der Chinesische Yuan verfügt zwar in den jetzigen Auseinandersetzungen über die besten Konditionen (Währungsreserven und hohes Wirtschaftswachstum), dennoch ist er bisher nur teilkonvertierbar und der ökonomische Hintergrund der chinesischen Wirtschaftsentwicklung voller Widersprüche und unklarer Zukunftsaussichten. Außerdem hat China eigene Interessen innerhalb des stark wachsenden und immer einflussreicheren Bereichs asiatischer Schwellenländer. Die Reform des Weltwährungssystems muss sich also einpassen in die Neugestaltung der gesamten internationalen Finanzarchitektur. Dabei könnte ein Währungsverbund, wie er bereits für die Finanzierung des Internationalen Währungsfonds besteht, in neuer Form für die Reserve- und Anlagegestaltung als Kompromiss hilfreich sein. Das Weltwährungssystem braucht dringend eine globale Regulierung und Kontrolle, die die Funktionen des Weltgelds und die wirksamen Währungskurse umfasst.

REFORMEN ZUR STABILISIERUNG DER FINANZARCHITEKTUR

Die jüngsten Finanz- und Weltwirtschaftskrisen zeigen, dass es zwar noch möglich ist, mit kostspieligen Rettungsaktionen die schlimmsten unmittelbaren Folgen der Krisen – von Land zu Land und von Region zu Region mit unterschiedlichem Erfolg – abzuwenden, dass aber nachhaltige Ergebnisse weitergehende Schritte erfordern. Es besteht sonst eine fortwährende Krisensituation mit latenter Zusammenbruchsgefahr. Die Folgen der Krisenbewältigung für die Sozialhaushalte und die Zuspitzung der Arm-Reich-Differenzierung erzeugen politischen Konfliktstoff und gefährden die politische Stabilität der Staaten. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen fallen zusammen mit anderen Erscheinungen des Systemversagens, die Krisenmerkmale tragen. Dazu gehören der wachsende Terrorismus, die langjährigen militärischen Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt, die zunehmende Rüstung und der ausgedehnte Waffenhandel sowie die Militarisierung von Außenpolitik, die Umwelt- und Klimakrise und schließlich verbreiteter Staatsverfall bzw. Staatsversagen. Gegenwärtig bieten das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei Rohstoffen und Energie sowie ungelöste Probleme der Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung neuen Boden für Spekulation und Blasenbildung. Die Nachfrage nach Wasser, Nahrungsmitteln und Energie wird nach Einschätzung des *World Economic Forum* in den kommenden Jahren um dreißig bis fünfzig Prozent wachsen.

Edzard Reuter, ein Repräsentant der Ideen einer klassischen

bürgerlichen Gesellschaft, formuliert neben seiner Forderung zur Eindämmung der weltweiten Finanzmärkte: «Ganz vorn auf der Tagesordnung finden sich jedoch weitere Punkte wie der nachhaltige Schutz der Umwelt, eine wenigstens einigermaßen verlässliche Beschränkung der Rüstungsmaschinerie, die Sicherstellung fundamentaler Menschenrechte für ethnische und religiöse Minderheiten – und nicht zuletzt die Eindämmung des marktwirtschaftlichen kapitalistischen Systems durch weltweit wirksame Fesseln.»⁴⁷ Nach Reuter müssen Verstand, Moral und Mut zum Handeln einen entscheidenden Beitrag leisten. Dabei ist Schritt für Schritt vorzugehen und ständig nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Das Primat der Politik muss dabei Vorrang haben. Ein demokratisches Staatswesen soll Verantwortung für das gemeine Wohl tragen.

Bei den Reformen zur Krisenbekämpfung steht heute die gesellschaftliche Transformation, ein Systemwandel durch Reformen auf der Tagesordnung. Solange für eine prinzipielle Systemablösung, die zur Beseitigung der genetischen Krisenursachen erforderlich wäre, notwendige Voraussetzungen fehlen, werden die Resultate der Reformen nur die Krisen einschränken und deren Wirkungen für die Gesellschaft erträglicher machen. Das liegt letzten Endes auch im Interesse der derzeitigen Nutznießer von Spekulationen und einseitigen Vorteilen im neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystem. Die Arbeitsrichtungen, verbale Erkenntnisse und erzielte Teilergebnisse bei der Krisenbekämpfung rechtfertigen die Hoffnung auf weitere Konsequenzen, obwohl Zweifel bleiben. Ein weiterer Wandel im Establishment der Wirtschaftswissenschaft, der vor allem in Deutschland fehlt, könnte dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Entscheidender Träger für Veränderungen müssen die Staaten und die in ihrem Rahmen tätigen gesellschaftlichen Kräfte werden. Bisher haben sie dabei versagt. Der Markt als Handlungsort von Unternehmen und Konsumenten braucht staatliche Analyse, Regulierung und Kontrolle durch entsprechende Institutionen, damit er seine positive Anreiz- und Konkurrenzwirkung erfüllen, aber auch gerechte Leistungsmaßstäbe bei der Verteilung durchsetzen kann. Galbraith und Stiglitz, Wissenschaftler der USA, haben das Versagen des Staates gegenüber den Geschäftemachern als Diskriminierung der staatlichen Rechtsordnung verurteilt und eine gerechte Bestrafung der Verantwortlichen gefordert, die strafbares Handeln einkalkulieren und Geldstrafen als Kosten kalkulieren. In den USA wurde die Großbank Goldman Sachs in einem Vergleich mit der US-Börsenaufsicht wegen Betrugs im Rahmen der aktuellen Finanzkrise immerhin mit 550 Mill. US-Dollar bestraft. Der Staat sollte auch selbst an Schlüsselstellen und auf kommunaler Ebene als Wirtschaftssubjekt mitwirken. Das setzt allerdings seine wirklich demokratische Handlungsfähigkeit voraus, die heute sehr eingeschränkt ist. Bildungs- und Gesundheitswesen dürfen nur mit generellen Einschränkungen kommerzialisiert werden. Staatsverfall, vor allem staatlicher Machtmissbrauch, Korruption und Lobbyismus müssen bekämpft werden, damit der Staat seine Funktionen national, regional und global erfüllen kann. Demokratisch muss das Zusammenwirken der Interessenver-

⁴⁶ Eckert, D. D.: *Weltkrieg der Währungen. Wie Euro, Gold und Yuan um das Erbe des Dollar kämpfen*, München 2010, S. 244. ⁴⁷ Reuter, E.: *Stunde der Heuchelei. Wie Manager und Politiker uns zum Narren halten. Eine Polemik*, Berlin 2010, S. 204.

treter aller Schichten der Bevölkerung für übereinstimmende gesellschaftliche Ziele erreicht werden.

Die prinzipielle Veränderung der internationalen Finanzstruktur ist letztlich nur als Bestandteil einer solchen gesellschaftlichen Transformation möglich. Das schließt aber heute weitgehende schrittweise Veränderungen nicht aus.

REFORMEN DER FINANZARCHITEKTUR

Kapoor und Troost haben in ihren Beiträgen die notwendigen Veränderungen der Finanzarchitektur zusammengestellt und ausführlich erörtert.⁴⁸

Kapoor geht davon aus, dass «Finanzen an sich instabil sind» und im Vorfeld der laufenden Krise noch viel instabiler wurden. Er nennt folgende Schwerpunkte für Wandlungen des Finanzsystems im 21. Jahrhundert, um der realen Wirtschaft gerecht zu werden:

- Wechsel zu internationalen Aufsichtsstrukturen und Regulierungen mit einem systemweiten Blick;
- Strukturwechsel des Finanzsystems, um das Problem zu lösen, dass große, vernetzte und komplexe Finanzinstitutionen ein Systemrisiko bilden und hohe Subventionen erfordern;
- Wechsel der Regulierung für die Bildung von Kapital- und Liquiditätsreserven und des konjunkturorientierten Verhaltens von Finanzinstitutionen;
- Lösung von Anreizproblemen im Finanzsektor, die exzessive Risikopräferenz und Kurzfristigkeit ermutigen.⁴⁹

Troost stimmt in der Auswahl der Reformrichtungen und in den Forderungen für Veränderungen weitgehend mit Kapoor überein. Er sieht die Veränderungen aber in enger Beziehung zu einer gesellschaftlichen Transformation und kommt dadurch auch zu weitergehenden Konsequenzen. Troost will eine Neuordnung des Bankwesens an die Kernfunktionen des Bankensektors binden, eine Schrumpfung des Volumens dieses Sektors, eine Zurückdrängung seiner ökonomischen und politischen Machtfunktion erreichen ihn zurücksetzen zum Dienstleister für die Gesellschaft. Als Kernfunktionen gelten dabei:

- Sicherstellung und zuverlässige und kostengünstige Gestaltung des Zahlungsverkehrs und der Bargeldversorgung;
- Unterhaltung von Kapitalsammelstellen für Sparer mit sicheren, verständlichen und nachhaltigen Sparmöglichkeiten;
- Finanzierung von Investitionen der Unternehmen und des Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredit.⁵⁰

Der Autor unterstützt zusammenfassend folgende Schwerpunkte für die Veränderungen der nationalen, regionalen und globalen Finanzarchitektur:

Erstens sind wirtschaftspolitische Voraussetzungen der Finanzarchitektur zu verändern. Es müssen die Geld- und Finanzkreisläufe wieder an die realen materiellen Wirtschaftsbewegungen gebunden und durch diese quantitativ begrenzt werden. Insbesondere ist Kreditvergabe strikt zu regulieren und zu kontrollieren. Die Geldakkumulation muss auf ihre Hauptfunktionen als Voraussetzung für Investitionen, als Sammlung und Einsatz zeitweilig freier Mittel und für künftige Konsumtionszwecke konzentriert werden. Ihr Einsatz als profitable Einkommensquelle an Stelle von materiellen Investitionen ist einzuschränken. Schließlich ist der Anteil der Arbeitseinkommen gegenüber den Kapitaleinkommen

deutlich zu erhöhen, um die Nachfragelücke im Reproduktionsprozess zu schließen.

Zweitens ist die Kreditvergabe der Banken so durch die Eigenkapitalausstattung zu sichern, dass Kreditausfälle durch die Banken selbst als Gläubiger getragen werden können und die Reservebildung zur Risikosicherung ausgebaut werden kann. *Drittens* muss das Insolvenzrecht davon ausgehen, dass Verluste nicht sozialisiert werden können. So genannte «systemrelevante» Banken sind auf eine Größe zu reduzieren und so zu regulieren, dass Systemabhängigkeit verhindert wird. Solche Banken können dafür auch bleibend verstaatlicht werden.

Viertens sind die Finanzumsätze der Banken und anderer Finanzinstitutionen mit einer Transaktionssteuer zu belegen, die den Entartungen ihrer Geschäftsaktivitäten entgegenwirkt, überhöhte Profite abschöpft und ein Äquivalent für «Rettungsmaßnahmen» rückwirkend und vorausschauend ermöglicht.

Fünftens ist der Status der an Finanzgeschäften beteiligten «Schattenbanken» so zu ändern, dass sie wie Banken reguliert und kontrolliert und ihre Funktionen eingeschränkt werden. Sie können auch in Banken umgewandelt werden. Im Bankensektor sind bei den Reformen die positiven Erfahrungen mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken hinsichtlich ihrer Funktionsfähigkeit zu berücksichtigen. Ungeändert regulierte und kontrollierte internationale Bankplätze sind durch staatliche Vereinbarungen zu verändern oder gegebenenfalls Beziehungen zu solchen Plätzen zu verbieten.

Sechstens sind die Finanzinstrumente der veränderten Finanzarchitektur anzupassen. So ist eine Einschränkung des Wertpapierhandels hinsichtlich der Derivate (Hedgefonds) notwendig. Die dem Glücksspiel nahe stehenden, mit Risiko beladenen und intransparenten Derivateformen sollten verboten werden. Dazu gehören insbesondere die *Credit Default Swaps* (CDS). Alle anderen Finanzinstrumente sind so zu regulieren und zu kontrollieren, dass Risiken enger begrenzt werden.

Siebtens sind Ratingagenturen durch staatliche Einrichtungen mit entsprechenden Vorschriften und Aufgaben zu ersetzen. Bei ihrer weiteren Entwicklung ist ihre internationale Integration zu berücksichtigen.

Achtens sind die Funktionen, die Rechte und die Arbeitsfähigkeit der internationalen Aufsichtsbehörden entsprechend den Erfordernissen der internationalen Systemstabilität auszubauen. Nationale Aufsicht ist ihnen unterzuordnen.

Neuntens sind die Regelungen für Verbriefungen hinsichtlich des Selbstbehalts und der Ausnahmen zu verschärfen. Wiederverbriefungen sollten verboten werden.

Zehntens sind staatliche Vorschriften für die Vergütung von Bankangestellten zu erlassen, die leistungsbezogene, in der Höhe begrenzte Einkommen und keine falschen Anreize für risikovolles Verhalten sichern. Regelungen sollten mit Veränderungen der Vergütung in anderen Wirtschaftsbereichen koordiniert werden. Zu prüfen wäre auch die Teilnahme von Gewerkschaften an der Regelung der Entlohnung des Managements der Wirtschaft. Der vorrangige Einsatz der Aufsichtsräte für solche Regelungen ist fragwürdig.

⁴⁸ Vgl. Kapoor, S.: A. a. O. S. 51–99 und Troost, A.: A. a. O. S. 2–11. ⁴⁹ Vgl. Kapoor, S.: A. a. O. S. 98. ⁵⁰ Vgl. Troost, A.: Die Vergesellschaftung der Banken konkret denken. In: Neues Deutschland, Berlin, 27. September 2010, S. 10.

Eine konsequente Reform der Finanzarchitektur bleibt auf der Tagesordnung. Die Ursachen der Krisen werden bisher nur unzureichend durch Reformen beseitigt. Demzufolge bestehen ungelöste Krisenprobleme fort. Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, erklärte in einem Interview vom 24. Dezember 2010 auf die Frage, wann die Krise endgültig vorbei sein wird: «Wir haben immer neue Schübe der Intensivierung erlebt und einen anderen Charakter der Krise, von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise zur Staatsschuldenkrise. Wir sind immer noch in einer offenen Krise.»⁵¹ Neue Risikofelder sind bei den Währungen, bei Aktien, die infolge von Niedrigzinsen wieder stärker nachgefragt werden, und bei der Preisentwicklung für Rohstoffe und Nahrungsgüter, die zu Spekulationsobjekten werden, zu erkennen.⁵² Die Politik steht in Verantwortung für das eingetretene

Dilemma und seine Überwindung. Die politischen Kräfte haben die Aufgabe, das Chaos und die negativen sozialen Folgen im Interesse der gesamten Gesellschaft zu verhindern. Hoffentlich wird es dafür nicht zu spät sein.

Prof. Dr. rer. oec. habil. Helmut Matthes, Botschafter a. D., war Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg.

⁵¹ «Ich erkenne keinen Trend in Richtung Transferunion». Interview von Klaus Dieter Oehler mit Prof. Dr. Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der europäischen Zentralbank, Stuttgarter Zeitung. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt am Main, Nr. 54 vom 28. Dezember 2010. S. 4. ⁵² Vgl. Jahresausblick von Pfeiffer, H.: «Die Ereignisse beschleunigen sich». In: Neues Deutschland, Berlin, 31. Dezember 2010. S. 7.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de